

Hohe Haftstrafen nach Unruhen in Kedougou

RECHTSSTAAT IM SENEGAL AUF DEM PRÜFSTAND

Neunzehn Verurteilungen von fünf bis zehn Jahren für die Teilnahme an gewalttätigen Demonstrationen in Kedougou, der südöstlichen Regionalhauptstadt Senegals, sorgen in den ersten Wochen des neuen Jahres für eine heftige Polemik.

Studentenrevolte und ihre Folgen

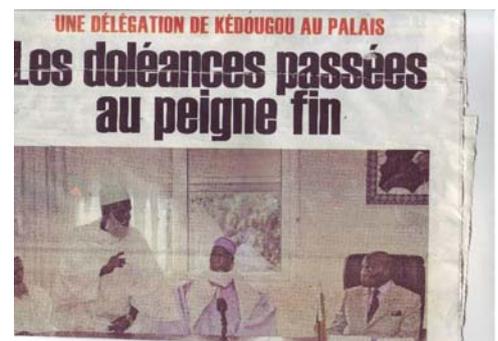
Am Tag vor Weihnachten kam es in der 850 km östlich von Dakar gelegenen Regionalhauptstadt Kedougou zu Unruhen, die einen Toten forderten und im Laufe derer mehrere öffentliche Gebäude verwüstet und verbrannt wurden. Der Präfekt und einige seiner Mitarbeiter mussten sich aus den Fenstern retten, mehrere Polizisten flohen vor der Überzahl der Demonstranten ins Kommissariat und schlossen sich ein, der Gouverneur und seine Familie kletterten über die Gartenmauer.

Die Präfektur, der ganz neue Regionalgerichtshof, die regionale Abteilung des Erziehungsministeriums und andere staatliche Gebäude wurden völlig zerstört. Sämtliche Archive der letzten fünfzig Jahre der Region Kedougou gingen in Flammen auf.

Erst nach Stunden konnte der aufgebrachten Menge Einhalt geboten werden, nachdem Einheiten von Polizei und Militär aus Tambacounda und den umliegenden Orten zur Verstärkung eingetroffen waren. Auch respektierte Meinungsführer der Zivilgesellschaft trugen dazu bei, dass abends wieder Ruhe einkehrte.

Im Laufe der folgenden Tage wurden 29 Personen festgenommen und in Tambacounda inhaftiert, viele Studenten und Schüler, aber auch Familienväter.

Drei Tage später reisten der Innen- und der Verteidigungsminister nach Kedougou, wo sie mehrere Stunden eine Bestandsaufnahme der Zerstörungen machten und sich bei den lokalen Behördenvertretern eingehend über die Ereignisse informierten. Sie stattenen auch der Familie des erschossenen jungen Mannes einen Kondolenzbesuch ab. Auf die Gnadengesuche der Anwesenden für die Inhaftierten antworteten die beiden Minister, sie könnten sich nicht zu dieser Frage äußern, zunächst einmal müsse die Justiz ihre Arbeit verrichten.



Der Staatspräsident Abdoulaye Wade empfing Anfang Januar eine Delegation aus hochrangigen Vertretern der Zivilgesellschaft und jungen Leute aus Kedougou. Unter ihnen befand sich auch der Onkel des erschossenen Jungen, der lange Jahre Bürgermeister von Kedougou gewesen war. Ziel

der Delegation war es, Lösungsvorschläge für die Probleme der Region, die Auslöser der Unruhen gewesen waren, zu diskutieren. Nach der zweistündigen Audienz kehrte die Delegation zurück, verweigerte der Presse aber jegliche Aussage über Details aus dem Gespräch.

Hohe Haftstrafen bei unklarer Beweislage

Ein Toter, viele teilweise schwer Verletzte, darunter auch mehrere Polizisten und Gendarmen, zerstörte Behörden – dies wurde von vielen Staatsvertretern und auch von den Medien als Nicht-Achtung, als Demütigung des Staates empfunden. Aus dieser Position erklärt sich vielleicht das hohe Strafmaß für die mutmaßlichen Täter, zwischen fünf und zehn Jahren - allerdings bei weitgehend ungeklärter Beweislage. Der Staat musste Stärke zeigen, er hat es getan. Die Frage ist nur, ob die Strafe die Richtigen getroffen hat. Vieles spricht dagegen.



Die Identität der Straftäter war noch Tage nach den Unruhen ungeklärt, denn direkt vor Ort konnten nur wenige Gewalttätige direkt festgenommen werden. Ein Vertreter der Gendarmerie erklärte am nächsten Tag der Presse, er und seine Kollegen könnten in der aus weit mehr als 1000 Menschen zählenden Menge keinen einzigen Täter mit Sicherheit wieder erkennen.

Umso erstaunlicher fanden Presse und Beobachter die Festnahme von 29 Tatverdächtigen. Unter ihnen befanden sich auch mehrere Studenten und Schüler, die führende

Positionen in Studenten- und Schülervereinigungen einnehmen. Im Eiltempo wurden die Ermittlungen und die Suche nach Beweisen und Zeugen durchgezogen. Am 9. Januar fand der Prozess statt, im Laufe dessen die meist jugendlichen Angeklagten zu 5-10 jährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Die senegalesische Presse mutmaßte: Ein gedemütigter Staat will Stärke und Unnachgiebigkeit zeigen. Ist es nur dies? - fragten andere, so auch die Anwälte der Inhaftierten. Ist dieses Urteil nicht auch eine Versicherung für die ausländischen Goldförderungsgesellschaften, die in der an Goldvorkommen reichen Region investiert haben und die ein Mindestmaß an sozialer Stabilität voraussetzen? Ist es nicht ebenfalls ein exemplarisches Urteil, um alle eventuellen Rebellengefahren im Keim zu ersticken und eine weitere Rebellengregion zu verhindern?

Die senegalesische Regierung kann in der Südregion Casamance nach jahrelangen Friedensverhandlungen mit den Rebellen endlich Erfolge vorweisen. Sie ist nun weitgehend befriedet. Und nun sieht sich die Staatsführung plötzlich einem neuen potentiellen Unruheherd gegenüber. Es ist durchaus vorstellbar, dass das extrem harte Urteil vor allem der Abschreckung dienen soll.

Ursachen der Unzufriedenheit der Bevölkerung Kedougous

Geographische Lage

In der Tat sind die „Ingredienzien“ für eine derartige Entwicklung zumindest potentiell vorhanden. Die Region Kedougou liegt wie die Casamance in einem Grenzgebiet. Im Süden grenzt sie an das von Diktaturen und Staatsstreichen geplagte Guinea, im Osten an Mali, ein Land, das trotz aller demokratischen Fortschritte den Rebellenkonflikt mit den Tuareg noch nicht lösen konnte. Potentiell wäre die Waffeneinfuhr über die häufig durchlässigen Grenzen vorstellbar. Die Ca-

samance ist geographisch durch die Enklave Gambia quasi völlig vom Rest des Landes abgeschnitten, Kedougou liegt im äußersten Südosten und ist nur über Strassen zu erreichen, die diesen Namen nicht verdienen. Sogar die Nationalstrasse und einzige Verbindung zum Rest des Landes ist noch nicht vollständig geteert. Streckenweise benötigt ein Fahrzeug sechs Stunden für 200 Kilometer. Viele Orte der Region sind in der Regenzeit komplett von der Außenwelt abgeschnitten.



Auch gesellschaftlich existieren Parallelen. Während sich die Bevölkerung der Casamance gegenüber den Einwohnern Nordsenegals marginalisiert fühlt, sind es in der Region Kedougou die Minderheitsethnen Bassari, Coniagi, Beydick, aber auch Peul und Malinke, die sich vom Staat benachteiligt und häufig von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen wännen. Dies geht aus Verlautbarungen von örtlichen Vereinen zur Interessenvertretung der Bewohner der Region, aber auch aus wissenschaftlichen Veröffentlichungen hervor.

Goldförderung unter Ausschluss der lokalen Bevölkerung

Die wirtschaftlichen Potentiale sind eine weitere Parallele zwischen den beiden Regionen. Während die Casamance vor dem Konflikt die Kornkammer Senegals war und alle Voraussetzungen für landwirtschaftliche Rekordergebnisse bietet, befinden sich in der Region Kedougou Bodenschätze wie Marmor, Eisen und Gold. Diese werden al-

lerdings vorwiegend von ausländischen Gesellschaften gefördert und vermarktet. Der Staat verkauft immerhin die Förderlizenzen, aber die Bevölkerung der Region bekommt von dem Goldsegen nicht viel ab.

Sogar die Arbeitskräfte werden vielfach eingeführt, beklagen die Einwohner gegenüber den Medien. Neben ausländischen Fachkräften – da in Senegal noch nicht alle Qualifikationen verfügbar sind – werden auch unqualifizierte Arbeitsplätze an Regionsfremde vergeben. Dies geschah beispielsweise vor einigen Wochen, als ein regierungsnaher Marabout 50 Arbeitsplätze in Sabadola, einem der größten Goldförderplätze, einforderte und erhielt. Dies trug zur Verbitterung der Regionsbewohner bei. Mehr als 650 Jugendliche allein in der Stadt Kedougou sind auf Arbeitssuche.

Hinzu kommt die Tatsache, dass die Goldfördergesellschaften für ihre Aktivitäten die Ländereien der einheimischen Bevölkerung belegen. Dies führt dazu, dass viele Einheimische nicht mehr über genug Land verfügen, um ihren landwirtschaftlichen Tätigkeiten nachzugehen (Ackerbau, Viehzucht) und sie damit die Menge der Arbeitslosen noch erhöhen.

Ein weiterer Anlass zur Unzufriedenheit ist der sogenannte Goldminen-Sozialfonds. Es handelt sich um Einzahlungen der Goldfördergesellschaften in einen Fonds, dessen Einkünfte die Entwicklung der Region vorantreiben sollen. Infrastrukturprojekte, aber auch Fördergelder für lokale Selbsthilfeeinitiativen und ökonomische Anschubfinanzierungen sollen aus ihm gesponsert werden.

Der Fonds sollte nach Auffassung der Regionsbewohner von den gewählten Vertretern oder einem aus lokalen Fachkräften neu gegründeten Gremium verwaltet werden. Tatsächlich aber ist er an das Ministerium für Industrie und Minen angekoppelt. Die Bevölkerung Kedougous wirft dem Staat

eine „nebulöse“ Handhabung des Fonds vor, da die lokale Bevölkerung die versprochenen Unterstützungen nicht im erhofften Maße erhielt.

Verzögerte Gebietsreform und Probleme bei der Landvergabe

Die senegalesische Staatsführung initiierte als Antwort auf die zahlreichen Vorwürfe der Marginalisierung und Benachteiligung der Regionsbewohner eine umfassende Gebietsreform. Diese soll die Realisierung der Interessen der Regionen unterstützen, ihnen mehr wirtschaftlicher Autonomie und Leistungskraft verleihen und die gesellschaftlichen und kulturellen Besonderheiten zu wahren helfen. Im Rahmen dieser Reform erhielt Kedougou, neben zwei anderen Städten, den Regionsstatus.

Die Regierungsvertreter betonen, dass die Schaffung der neuen Regionen und Gebietskörperschaften wie Landgemeinden und Kommunen dazu beitragen soll, dass der Lebensstandard der Bevölkerung durch eine bürgernähere Verwaltung, über diverse Fördermaßnahmen und eine verbesserte Investitionspolitik maßgeblich angehoben wird.

Durch die Regionalisierung könnten auf Dauer die Interessen der einheimischen Bewohner besser wahrgenommen und durchgesetzt werden, so der Präfekt der Stadt Kedougou.

Der Regionalrat als gewählte Vertretung wird erst im kommenden März gewählt. Einen Gouverneur gibt es jedoch schon, er fungiert als Vertreter des Staatsoberhauptes und setzt die Regierungspolitik durch, während es noch keine gewählten Vertreter aus der Region gibt.

Ein Faktor, der die Unzufriedenheit der Bevölkerung hervorruft, betrifft die Art und Weise der Landvergabe. So erwerben ausländische oder zumindest ortsfremde Inves-

toren immense Ländereien – traditionelles Land der Bassari, der Beydick und der Peul. Einwohner eines Dorfes der Goldregion, die seit Jahren vergeblich versucht hatten, ein solches Areal zu erstehen, gaben gegenüber den Medien ihrer Enttäuschung und Frustration Ausdruck, nachdem das Land an einen nordsenegalesischen Geschäftsmann verkauft worden war.



Ein spanischer Investor erstand kürzlich 80 000 ha Land zwischen Tambacounda und Kedougou, um einen Naturpark für Wildfauna einzurichten. Im Rahmen dieser Aktion sollen die Bewohner von 17 Dörfern enteignet und umgesiedelt werden. Auf einem Treffen lokaler Entwicklungsakteure Mitte Januar stellte ein Teilnehmer sarkastisch fest, hier würden die Menschen verjagt, um Tiere anzusiedeln.

Die Revolte der Studenten

Während der Großteil der meist ländlichen Bevölkerung ihrem Gram nur innerhalb ihrer Gemeinschaft Ausdruck verlieh und nur selten an die Öffentlichkeit trat, packten die Studenten und Schüler den Stier bei den Hörnern und kritisierten vehement die Missstände in ihrer Region. Auslöser der Studentenrevolte war das Ausbleiben einer Subvention für bedürftige Studenten und Schüler.

Schon seit Jahren zahlt das Bürgermeisteramt aus Mitteln einer Goldfördergesellschaft die Miete eines Wohnheims für Studenten aus Kedougou in Dakar, die sonst nicht in

der Hauptstadt studieren könnten. Diese Zahlungen standen seit mehreren Monaten aus.

Nachdem das Bürgermeisteramt auf die zahlreichen Anfragen und Bitten von Seiten der Studenten nicht reagiert hatte, veranstaltete die Vereinigung der Studenten Kedougous Anfang Dezember eine Protestdemonstration. In der Innenstadt Kedougous wurden Transparente geschwenkt und Autoreifen angezündet die nach Vermittlung von örtlichen Vertretern der Zivilgesellschaft aber wieder gelöscht wurden. Es war jedoch kein Strohfeuer, denn die Vereinigung bestand weiterhin auf der Einlösung der Verpflichtung der Stadt gegenüber den Studenten.



Besuche beim Gouverneur und bei anderen staatlichen Vertretern brachten neue Versprechungen, aber keine Taten. Als bis zu den Weihnachtsferien immer noch keine Lösung des Mietproblems gefunden worden war, organisierten die Studenten am 23. Dezember ein Sit In vor dem Rathaus.

Das Happening wurde allerdings durch aufgebraute Gruppen von Jugendlichen unterbrochen, die unverhohlen zur Gewalt gegen die Staatsmacht aufriefen. Sie zogen schreiend durch die Straßen und verteilten Molotow Cocktails und Steine an Mitläufer und Schaulustige, die sich spontan der Demonstration anschlossen. Sie holten sogar die Kinder aus den Schulen und forderten sie auf, mit zu demonstrieren. Plötzlich zogen mehr als Tausend meist junge Men-

schen durch die Stadt und begannen, öffentliche Gebäude – Symbole des Staates – anzugreifen, sie plünderten aber auch Läden und zündeten Autos an.

Die schnell herbei geeilten Ordnungshüter waren überfordert und riefen nach Verstärkung. Diese traf aber erst Stunden später ein. In der Zwischenzeit kam ein junger Mann durch Schusswaffen ums Leben. Sein Tod führte zu einer Potenzierung der Gewalt der Demonstranten, die nun Präfektur, Gerichtshof und andere öffentliche Gebäude stürmten, anzündeten und völlig zerstörten.



Viele Studenten versuchten von Anfang an, die Gewalteskalation zu verhindern, wurden aber dann selber von den Demonstranten angegriffen. Sie holten Verantwortliche der Zivilgesellschaft zur Hilfe, die ihr Bestes taten, um die Demonstranten zu beruhigen und bekamen dabei selber Steinwürfe ab.

Erst am späten Abend hatte sich die Situation wieder beruhigt. Einige wenige Gewalttäter konnten festgenommen werden, viele jedoch flohen noch am gleichen Tag über die Grenze nach Guinea. Die Studenten und Schüler kehrten in ihre Elternhäuser zurück, wo sie ihre Weihnachtsferien verbringen wollten.

Protest der Anwälte gegen Folter und unklare Beweislage

Drei Tage später wurden plötzlich mehrere Studenten wie Kriminelle von schwer bewaffneten Einheiten der Gendarmerie aus ihren Häusern geprügelt, mit Handschellen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

Januar 2009

www.kas.de

gefesselt und ins Gefängnis nach Tambacounda gebracht. Die Polizisten bezeichneten sie bei dieser Aktion nach Aussagen der Betroffenen als „Hirn der Unruhen“, als „Terroristen“. Insgesamt wurden neben den Studenten noch 25 weitere Tatverdächtige festgenommen.

Sie verbrachten eine Woche in einer sandigen Zelle ohne Kleidung und Bett und wurden misshandelt, teilweise sogar gefoltert, wie sie ihren Anwälten berichteten. Einem der Studenten wurden die Knie- und Fußgelenke mit Knüppeln beinahe zertrümmert, er durfte jedoch keine Röntgenaufnahme machen lassen und wurde nicht behandelt.

Die Anwälte beklagten, dass ein anderer Angeklagter eine Schussverletzung hatte und kurz im Krankenhaus behandelt wurde, im Gefängnis jedoch keinerlei Nachsorge erfuhr. Die Haftanstalt Tambacoundas sei mit 400 Häftlingen hoffnungslos überbelegt und habe für die Insassen nur 2 Toiletten. Die Studenten seien auf verschiedene Zellen mit Schwerverbrechern aufgeteilt worden.

Aus den Aussagen der Inhaftierten und der Anwälte geht hervor, dass vor dem Prozess mehrere Angeklagte schwer misshandelt wurden, viele mussten unter Folter oder unter existentiellen Drohungen „Geständnisse“ unterschreiben.

Dieser Sachverhalt wurde von einem Team aus 3 international bekannten Rechtsanwälten aufgedeckt, die die Verteidigung der Jugendlichen übernommen haben. Maître Sidiki Kaba, der lange Jahre als Vorsitzender der internationalen Menschenrechtsorganisation FIDH fungiert hatte, forderte die Angeklagten während des Prozesses auf, ihre Hemden auszuziehen. Furchtbare Spuren der Folter wurden sichtbar. Dies veranlasste die Rechtsanwälte dazu, den Willen des Staates zur Anwendung der ratifizierten internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte anzuzweifeln.



Ein anderer Rechtsanwalt, ehemaliger Vorsitzender von Amnesty International in Senegal, Demba Ciré Bathily, warf dem Staat vor, „er wolle das Leben von Unschuldigen zerstören, um private Interessen zu schützen und um über das eigentliche Problem hinwegzutäuschen: die Problematik der Goldminenoperationen in der Region“.

Weiterhin beklagten die Rechtsanwälte die ausgesprochen magere Beweislage. Nur die wenigsten der Angeklagten seien am selben Tag ergriffen worden, vor allem den Studenten könne man keine Gewalttat nachweisen. Hierauf erwiderte der Staatsanwalt, dass sie die Initiatoren der Operation gewesen seien. Er konnte sich aber nicht auf eindeutige Beweise stützen. Acht Zeugen wurden angehört, keiner konnte mit Sicherheit auch nur einen der Angeklagten als Täter identifizieren. Das Rechtsanwalteam bedauerte insbesondere, dass zum ersten Mal in der senegalesischen Geschichte ein Hauptzeuge der Anklage – ein Kommandant der Gendarmerie – gleichzeitig Zeuge und Ankläger sei. Hinzu käme, dass diverse „anonyme Aussagen“ als Zeugenmaterial verwendet würden.

„Historischer Prozess“

Der Staatsanwalt beklagte in seinem Plädoyer, dass die Demonstranten den Staat in „Körper und Seele“ verletzt hätten und verlangte deshalb von ihnen den „symbolischen Franc“. Es ging ihm nicht nur um die e-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

Januar 2009

www.kas.de

normen materiellen Schäden, die sie ange richtet hatten – die komplette Zerstörung der meisten öffentlichen Gebäude und die kompletten Archive der Region - sondern auch um die ideelle Schädigung des Staates. Er sagte: „Wenn Sie sich vom Staat ausschließen, indem sie die Symbole der Republik zerstören und sie beleidigen, können Sie nicht erwarten, dass der Staat sich für Sie einsetzt.“

Der Staatsanwalt bezichtigte die Studenten, seit der Demonstration Anfang Dezember einen Kommunikations- und einen Zerstörungsplan ausgefeilt zu haben, den sie am Tag vor Weihnachten zur Ausführung gebracht hätten. Beunruhigend sei ebenfalls die Tatsache, dass nicht nur Studenten, sondern auch Soldaten der Region Kedougou im Ruhestand an der Demonstration – und ihrer Vorbereitung teilgenommen hätten.

Als die Verteidigung erkläre, die Demonstration sei erst ausgeführt, nachdem der junge Mann erschossen worden war, gaben der Staatsanwalt und ein hochrangiger Gendarm zu verstehen, dass die Munition, nicht aus Polizei- oder Militärwaffen stamme.

Der Staatsanwalt bezeichnete den Prozess als „historisch“ und betonte, dass er der Bevölkerung Kedougou höchste Achtung entgegenbrächte und dass eben aus diesem Grunde die „schwarzen Schafe“ unter ihr, eben die gewalttätigen Demonstranten, eine exemplarische Strafe erhalten sollten.

Die Verhandlung dauerte mehr als zwölf Stunden.

11 der Angeklagten wurden frei gesprochen, die verbleibenden zu fünf bis zehn Jahren Haft verurteilt. Die härtesten Strafen trafen die Studenten, die als Rädelsführer bezichtigt und verurteilt wurden.

Die Familien der Verurteilten brachen in laute Klagerufe aus. Insbesondere die Angehörigen der Studenten waren untröstlich,

wenn auch die Rechtsanwälte sofort Berufung einlegten.

„Politische Gefangene?“

Wer sind diese Studenten, die eine friedliche Sitzung organisierten und jetzt fünf bis zehn Jahre lange Haftstrafen bekommen haben? Die meisten gehören der Bassari-Ethnie an und waren auf dem besten Weg, zur intellektuellen Elite dieser allseits vergessenen Bevölkerungsgruppe zu werden. Sie sind nach Aussagen der Rechtsanwälte hervorragende Studenten. Einer steht kurz vor der Masterprüfung in Management. Sein Ziel sei die Gründung eines Unternehmens für integrierten Tourismus, um zur Entwicklung seiner Region beizutragen. Die einzige Frau unter den Verurteilten studiert im dritten Jahr Volkswirtschaft, ein weiterer steht vor der Lehrerprüfung und ein anderer ist im dritten Jahr Anglistik.

Sie betonten im Prozess, dass sie als Studenten und zukünftige Elite der Region gewiss kein Interesse daran hätten, öffentliche Einrichtungen zu zerstören. Im Gegenteil, sie wollten mit ihrem Engagement die Entwicklung voranbringen.

Aber die Richter waren nicht zu überzeugen – oder wollten sie sich nicht überzeugen lassen? „Schuldige mussten gefunden und hart bestraft werden“, stellten die Medien nach dem Prozess fest.

Die Leittragenden sind Menschen, die schon lange unter Armut, Ausgrenzung und Marginalisierung gelitten haben. Viele Familien bringen permanent Opfer, um ihre mageren Ressourcen in die Ausbildung ihrer besten Köpfe zu investieren. Die als willkürlich und ungerecht aufgefassten Verurteilungen lassen die Studenten als Opfer des autoritären Staates erscheinen und führen zu weiteren Frustrationen, sie können sogar den Keim einer Rebellion bilden, erklärte ein Journalist, der den Prozess verfolgt hatte.

Anwälte, Presse und Menschenrechtsorganisationen zweifeln nun das gute Funktionieren der senegalesischen Justiz an. Willkürliche Festnahmen, Folter und erzwungene Geständnisse seien keinesfalls mit rechtsstaatlichen Prinzipien zu vereinbaren. Die 19 Verurteilten seien politische Gefangene.

Der Berufungsprozess wird zweifeln, ob die Bedenken der Anwälte berücksichtigt werden. Senegal hat die internationale Konvention zum Schutz von Angeklagten unterzeichnet, die auch beinhaltet, dass unter Folter erzwungene Geständnisse unzulässig sind. Dies wird den Anwälten als Hauptargument im Berufungsprozess dienen, denn unklare Beweislage, undeutliche Trennung zwischen Zeugen und Anklägern und erzwungene Geständnisse sind nach ihrer Auffassung genügend Gründe, um den Prozess neu aufzurollen.

Immerhin hat die senegalesische Nationalversammlung kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das auf Vorschlag der UNO einen staatlichen Kontrollmechanismus der Haftbedingungen in Gefängnissen vorschlägt. Nach der Ratifizierung und dem Dekret, das noch vom Staatspräsidenten unterschrieben werden muss, soll in Senegal ein neues Organ gebildet werden, dessen Mitglieder mit der Kontrolle der Haftanstalten und Haftbedingungen betraut werden. Ein internationaler Fonds steht den Staaten, die dieses Gesetz verabschiedet haben, für die Durchsetzung der Ziele zur Verfügung.

Die Bereitschaft der senegalesischen Staatsführung, sich im Bereich der Rechtssprechung und Haftbedingungen an internationale Normen anzupassen, bezeugt ihren Willen, gewalttätige soziale Bewegungen auf friedliche Weise zu lösen. Als problematisch erweist sich aber immer wieder die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis.

Die senegalesischen Menschenrechtsorganisationen warteten nicht den Berufungspro-

zess ab, um die internationale Meinung zu aufzurütteln. Sie schrieben einen offenen Brief an den Staatspräsidenten und informierten ihre Zentralen in europäischen Hauptstädten. Mittlerweile treffen Protestnachrichten aus verschiedenen Ländern ein. In Frankreich haben sich Senegalesen zu einem Komitee zusammen getan, das die sofortige Freilassung der Gefangenen fordert.

Auch in Pressebeiträgen wird als Lösung die Freilassung der Häftlinge vorgeschlagen. Sie könnte dazu beitragen, die immer stärker werdende Unzufriedenheit und Frustration der Bewohner dieser „vergessenen Region“ zu mindern und ihnen deutlich zu machen, dass sie und ihre Interessen ernst genommen werden. Ebenfalls die internationale Meinung könne auf diese Weise befriedet und vom Funktionieren des Rechtsstaates überzeugt werden. Für manche Beobachter ist dies der einzige Weg, um den Frieden in der Region dauerhaft zu erhalten.



Die nationale regierungsnahe Tageszeitung Le Soleil hatte schon direkt nach den Gewaltakten auf ihre Weise reagiert. Während die unabhängigen Medien mit harter Kritik an Regierung und Justiz aufwarteten, stellte Le Soleil die Region Kedougou in kurz aufeinander folgenden Ausgaben auf die Titelseite. Die Unruhen waren in gewisser Weise das Startsignal für eine Serie von Dossiers „die Kedougou – Hefte“, im Rahmen derer die Lage der Frauen, der Jugendlichen, der Arbeitslosen mittels Interviews, Reportagen und Berichten erläutert wurde. Diese plötzli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

UTE GIERCZYNSKI-BOCANDE

Januar 2009

www.kas.de

che Aufmerksamkeit gegenüber der Region Kedougou wird als Interessenbekundung der offiziellen Stellen an den Belangen ihrer Bewohner aufgefasst. Solange diese aber nicht in die Tat umgesetzt wird, ist der soziale Frieden der Region weiterhin in Gefahr.